



PRESSEMITTEILUNG

gemeinsam mit:

FAIR

Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv

Projekt "Faire Mobilität"

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Keithstraße 1–3, 10787 Berlin

www.faire-mobilitaet.de

Notfonds der Stiftung unterstützt 50 Bauarbeiter aus Rumänien auf Frankfurter „Skandalbaustelle“ mit Lebensmitteln

Während sich Politiker in der aktuellen Debatte über die Konsequenzen der Freizügigkeit von Arbeitnehmer/innen aus Rumänien und Bulgarien immer noch mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt!“ zu profilieren suchen, melden Medien ganz andere „Skandale“: FAZ und Frankfurter Rundschau berichten über 50 Bauarbeiter aus Rumänien auf einer Hotelbaustelle in Frankfurt am Main, die mit dem Versprechen auf Monatslöhne von 1200 Euro von einem Subunternehmer nach Deutschland gelockt wurden. Die Lohnzahlungen für Januar und Februar blieben jedoch ganz aus. Es ging pro Bauarbeiter je nach Länge des Arbeitseinsatzes um 500-3000 Euro, also insgesamt um über 100.000 €. Zuletzt hatten die Bauarbeiter kein Geld mehr um Lebensmittel zu kaufen. Sie legten die Arbeit nieder und wandten sich an die Beratungsstelle Faire Mobilität in Frankfurt, die wiederum die IG BAU und weitere Gewerkschaften informierte. Ab dem 24. Februar 2014 demonstrierten sie vor der Baustelle für ihren Lohn, unterstützt vom örtlichen DGB und vielen DGB-Einzelgewerkschaften. Der Generalunternehmer Max Bögl bot anfangs 100 Euro pro Person und ein Busticket nach Rumänien, da die Löhne an den Subunternehmer überwiesen worden seien.

Nachdem die Presse über den Fall berichtete und sich mehrere Politiker, darunter der Frankfurter OB Peter Feldmann und der Vorsitzende der hessischen SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, mit den Bauarbeitern solidarisierten, kam Bewegung in die Verhandlungen der IG BAU und der Beratungsstelle Faire Mobilität. Am 4. März 2014 erklärte sich das Unternehmen schließlich bereit, den Bauarbeitern den Mindestlohn auszuzahlen, in Höhe von insgesamt 100.000 Euro. Der **Faire Mobilität** Mitarbeiter Mihai Balan sorgte zusammen mit der IG BAU für die Beratung und Versorgung der Bauarbeiter und die Verhandlungen mit dem Generalunternehmer. Die Eberhard-Schultz-Stiftung unterstützte die Lebensmittelversorgung finanziell. Die Bauarbeiter machten Aussagen beim Zoll, der weitere rechtliche Schritte prüft.

Die **Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation** hat wie schon in früheren Fällen (vgl. Pressemitteilungen auf der Homepage der Stiftung) auch in diesem Fall schnell und unbürokratisch mit einer finanziellen Unterstützung geholfen. *„Wir begrüßen die Berichterstattung in den Medien. Dieser erschütternde Fall zeigt erneut, wie wichtig es ist, die sozialen Menschenrechte – hier das Recht auf Arbeit, angemessenen Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen – als individuell einklagbare Rechte in Deutschland, der EU und weltweit zu verankern“*, so der Gründer und Vorsitzende der Stiftung, der um Spenden auf das Konto der Stiftung mit dem Stichwort „Notfonds“ bittet:

IBAN DE69 1005 0000 1060 9716 20 BIC BELADEBEXXX

Berlin, 11. März 2014